

Hartz IV ist kein Vorbild

Zusammenfassung

- Eine Kürzung von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Mindestsicherung hat negative Auswirkungen. Dies zeigt sich in Deutschland mit der Einführung von Hartz IV.
- Sie begünstigt Armut, prekäre Beschäftigung und niedrige Löhne und erhöht den Druck auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- Um die Arbeitslosigkeit zu senken, braucht es wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen.

Eine Kürzung bei der Notstandshilfe und den Sozialleistungen nach deutschem Vorbild (Hartz IV) führt nicht zu weniger Arbeitslosen und mehr Anreiz zu arbeiten, sondern zu mehr Armut, prekärer Beschäftigung und trägt damit auch zum Auseinanderdriften der Gesellschaft bei. Es gibt andere und bessere Lösungen, um mehr Jobs und Anreize zu schaffen.

Arbeitslosenversicherung in Österreich

In Österreich sind alle (versicherungspflichtigen) Beschäftigten arbeitslosenversichert. Sie erhalten Arbeitslosengeld (ALG), wenn sie gewissen Bedingungen erfüllen: sie müssen arbeitsfähig und arbeitswillig sein, der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen und eine Mindestbeschäftigungsdauer erfüllen (52 Wochen innerhalb der letzten 2 Jahre bzw. 28 Wochen im letzten Jahres). In der EU ist das österreichische Arbeitslosengeld mit einer 55%igen Mindest-Nettoersatzrate vergleichsweise niedrig. Nach Ende des Anspruchs auf Arbeitslosengeld (20 bzw. 30 Wochen; bei Älteren und langer Versicherungsdauer 39 bzw. 52 Wochen) kann Notstandshilfe weiterbezogen werden. Bei der Notstandshilfe gibt es Obergrenzen (z.B. bei einem vorangegangenen ALG-Bezug von 30 Wochen € 1.038 im Monat; bei Personen mit 39/52 Wochen ALG-Bezug gibt es keine Deckelung) und das Einkommen des/r PartnerIn angerechnet. Die Person ist weiter pensionsversichert.

Bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung, die bezogen werden kann, wenn es keinen oder einen niedrigen Anspruch gibt, wird das gesamte Einkommen und Vermögen angerechnet. Diese Zeiten werden nicht für die Pension anerkannt.

Hartz IV: Kürzung des Arbeitslosengeldes

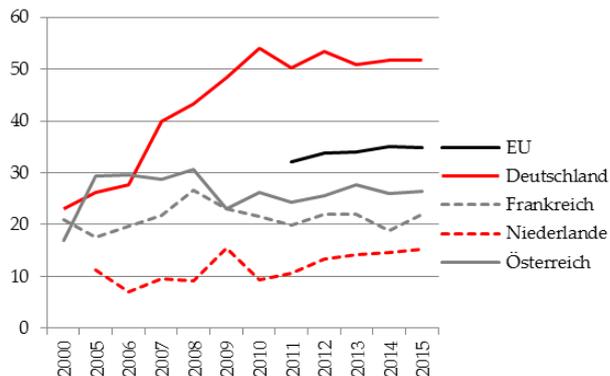
In Deutschland gibt es keine Notstandshilfe, sondern man fällt nach Ende des Arbeitslosengeldanspruchs in das Arbeitslosengeld II-Regime, was im Großen der Mindestsicherung entspricht. Hartz IV bzw. Arbeitslosen-

geld II bedeutet somit: nach rund 12 Monaten fallen Arbeitslose (je nach Alter oder Versicherungsdauer ein wenig früher oder später) – auch wenn sie viele Jahre gearbeitet und eingezahlt haben – aus dem Versicherungssystem in eine Fürsorgeleistung. **Das Arbeitslosengeld orientiert sich nicht mehr an früheren Einkommen und sichert nur noch das Notwendigste ab.** Zusätzlich müssen eigene Ersparnisse und Besitz verbraucht werden. Mit der Einführung von Hartz IV wurden die Bezugsdauer verkürzt und der Zugang zum ALG I erschwert. Gleichzeitig wurden die Zumutbarkeitsregeln (d.h. welcher Job muss angenommen werden) und Sanktionsmöglichkeiten erhöht. Inzwischen beziehen zwei Drittel aller Arbeitslosen in Deutschland Arbeitslosengeld II.

Armut und prekäre Beschäftigung

Nach Einführung von Hartz IV ist die Armut gestiegen. Das betraf vor allem Arbeitslose stark, bei denen der **Anteil der armutsgefährdeten Personen** (gemessen als Anteil der Arbeitslosen, die weniger als 50% des Medianeinkommens zur Verfügung haben) **von 23% im Jahr 2000 auf inzwischen 52% gestiegen** und damit deutlich höher als in anderen westeuropäischen Staaten ist. Der Durchschnitt der Eurozone liegt bei 35%; Österreich liegt bei 27%.

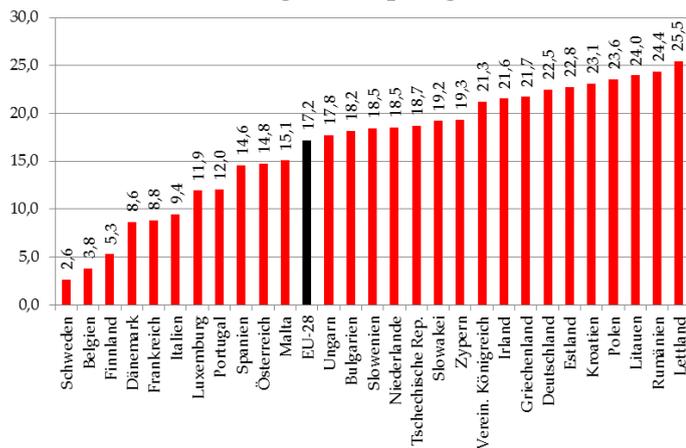
Anteil der Arbeitslosen mit weniger als 50% des Medianeinkommens (in %)



Quelle: Eurostat SILC

Aber auch Beschäftigte sind vom durch Hartz IV ausgelösten Druck betroffen (z.B. schnell auch sehr schlecht entlohnte Jobs mit nur wenigen Stunden anzunehmen). Die Reform hatte somit Auswirkungen auf den gesamten Arbeitsmarkt: **Der Niedriglohnsektor in Deutschland ist seit der Einführung von Hartz IV gewachsen und mit 22,5% einer der größten der EU**, wie auch in der Grafik ersichtlich ist. In Österreich liegt der Anteil bei 14,8%, am kleinsten ist er in Schweden und Belgien mit rund 3%. Durch die hohe Zahl an „AufstockerInnen“ – das sind Beschäftigte, die so wenig verdienen, dass sie ihren Lohn mit Hartz IV aufstocken müssen – werden vom Staat häufig Unternehmen subventioniert, die schlecht bezahlen.

Anteil der NiedriglohnpfängerInnen in %



Quelle: Eurostat Verdienststrukturerhebung 2014

Arbeitslosigkeit und Niedriglohn

Es wurde gehofft, dass Arbeitslose, wenn sie weniger Geld erhalten würden, schneller einen Job aufnehmen würden. Die Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland ist jedoch weiterhin hoch und mit 41% deutlich höher als in Österreich (32%). Das deutsche Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) stellt fest: **„Geringfügige und befristete Beschäftigungsverhältnisse, Zeitarbeit oder niedrig entlohnte Tätigkeiten bahnen nur selten den Weg in eine ungeforderte Beschäftigung.“** (vgl. IAB 2013) Zahlreiche Studien zeigen ähnliche Ergebnisse.

Besonders für Ältere dramatisch

In Österreich wären von den Kürzungen besonders Ältere, Geringqualifizierte und Personen mit gesundheitlichen Problemen betroffen. Sie sind besonders häufig langzeitbeschäftigungslos. Circa die Hälfte der Arbeitslosen hatte 2016 höchstens Pflichtschulabschluss (46,8%); bei den Langzeitbeschäftigungslosen waren es 51,2%, mit sinkenden Beschäftigungschancen in den letzten Jahren. Eine Kürzung der Leistungen würde die Lebenssituation dieser Personen weiter verschlechtern ohne jedoch deren Jobchancen zu verbessern.

Besonders für ältere Arbeitslose, denen die Notstandshilfe ein gewisses Einkommensniveau sichert, hätten

Kürzungen negative Auswirkungen. Ältere haben es besonders schwierig wieder einen Arbeitsplatz zu finden, auch mit guter Berufserfahrung und Ausbildung. 44,4% der Arbeitslosen ab 50 sind 2016 langzeitbeschäftigungslos. **Für sie könnte ein System wie in Deutschland, auch wenn sie zuvor sehr lange beschäftigt waren, noch häufiger Altersarmut führen.** Eine weitere Gruppe, die Kürzungen besonders treffen würde sind Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen die besonders häufig von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind (rund ein Drittel der Langzeitbeschäftigungslosen).

Arbeit ermöglichen statt Kürzung bei Armen

Die Arbeitslosigkeit liegt nicht an zu wenig Anreizen durch zu hohes ALG. Es liegt an zu wenigen Arbeitsplätzen und zu wenigen passende Arbeitsplätze (sehr schlechte Arbeitsbedingungen, etc.). Damit mehr Personen eine Arbeit finden können und wollen braucht es daher andere Maßnahmen und Anreize als als bei Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Mindestsicherung zu kürzen.

Um mehr Arbeitsplätze zu schaffen, braucht es: mehr Investitionen, vor allem in für die Zukunft wichtigen Bereiche (Bildung, sozialen Zusammenhalt, Infrastruktur,...) und eine beschäftigungsfreundliche Wirtschaftspolitik; eine bessere Beratung und Betreuung im AMS; mehr und gute Angebote der aktiven Arbeitsmarktpolitik, insbesondere für Niedrigqualifizierte (hierzu sind detaillierte Vorschläge z.B. im WIFO-Monatsbericht von Eppel et al 2017 zu finden). Um den Abstand zwischen Sozialleistungen und Löhnen zu erhöhen müssen zudem die Löhne angehoben werden.

Weitere Infos und Quellenangaben unter:

- BEIGEWUM-Blog – www.beigewum.at/factsheetIII
- IAB, 2013. Steinig und lang – der Weg aus dem Leistungsbezug, Aufstocker im SGB II,uIAB Kurzbericht 14/2013, <http://doku.iab.de/kurzber/2013/kb1413.pdf>
- Interview mit Gerhard Bosch vom Institut für Arbeit und Qualifikation IAQ, 12.07.2017. „Die Agenda 2010 war überflüssig“, <https://makro-nom.de/gerhard-bosch-arbeitsmarkt-gewerkschaften-die-agenda-2010-war-ueberfluessig-21972>
- Eppel, Mahringer, Sauer, 2017. Österreich 2025 – Arbeitslosigkeit und die Rolle der aktiven Arbeitsmarktpolitik, WIFO Monatsbericht 90(6)